



03.424 Sexuelle Handlungen mit Kindern. Erhöhung des Strafmasses gemäss Artikel 187 StGB Das revidierte Sexualstrafrecht bringt zwar viele Verbesserungen, geht aber bei den Strafrahmen für Delikte gegen die sexuelle Integrität von Kindern nicht weit genug. Bitte schreiben Sie die Parlamentarische Initiative Abate nicht ab, solange das Strafmass der Schwere der Tat nicht in jedem Fall entspricht.

Niklaus Bieri, Bereichsleiter Politik und Public Affairs, Kinderschutz Schweiz

**Kinder schützen.
Kinder stärken.**

**Wir sind die starke Stimme
der Kinder in der Schweiz.**



Liebe Kolleginnen und Kollegen

Was im Internet an Pornografie quasi schrankenlos zugänglich ist, kann die sexuelle Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sehr belasten. Der Zugang zur Pornografie im Internet muss deshalb für Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren erschwert werden! Ich bitte Sie, die Motion Gugger anzunehmen.

Yvonne Feri, Stiftungsratspräsidentin Kinderschutz Schweiz, Nationalrätin

EMPFEBLUNG

	DATUM	GESCHÄFT	
NR	12.09.	20.3374 Mo. Gugger: Unter 16-Jährige wirksam vor Pornografie auf dem Internet schützen Erziehungsberechtigte von Kindern und Jugendlichen brauchen für deren Schutz vor Pornografie eine verstärkte proaktive Unterstützung vonseiten der Telekommunikationsanbieter.	✓
	25.09.	22.4000 Mo. Romano: Grundsätzliches Recht der Kinder auf alternierende Obhut Nach einer Trennung oder Scheidung der Eltern muss das Kindeswohl in jedem Einzelfall das einzige Prinzip sein, nach dem die Modalitäten des Obhuts festgelegt werden.	✗
	25.09.	22.4113 Mo. Bellaiche: Chat-Kontrolle. Schutz vor anlassloser dauernder Massenüberwachung Die EU will den dringend nötigen Schutz von Kindern vor Cyberpädokriminalität verbessern, sieht aber keine kontinuierliche Überwachung digitaler Kommunikation vor. Gegenmassnahmen sind nicht angezeigt.	✗
SR	28.09.	03.424 Pa. Iv. Abate: Sexuelle Handlungen mit Kindern. Erhöhung des Strafmasses Der Tatbestand umfasst eine grosse Bandbreite an Handlungen. Mit der Erhöhung des maximalen Strafmasses von fünf auf zehn Jahre werden Gerichte dem Umstand Rechnung tragen können, dass dieses Delikt für die Opfer eine lebenslange Belastung darstellen kann.	✓
	25.09.	23.3673 Mo. Müller: Finanzierung von Dolmetsch-Kosten im Gesundheitswesen Jedes Kind hat das Recht auf die bestmögliche Gesundheit (Art. 24 KRK). Eine effektive Beteiligung von Kindern an ihrer medizinischen Versorgung setzt eine einheitliche Regelung und Finanzierung von Dolmetschdiensten voraus.	✓

Dienstag, 12. September 20.3374 Motion Gugger ✓

Unter 16-Jährige wirksam vor pornografischen Inhalten auf dem Internet schützen #banporn4kids#

Die praktisch schrankenlos zugängliche Pornografie im Internet zeigt eine Sexualität, die mit der Realität meist wenig gemeinsam hat. Extreme Darstellungen versunsichern und stören die eigene sexuelle Entwicklung. Kinder und Jugendliche müssen vor solchen Inhalten geschützt werden. Die vom Ständerat geänderte Motion will die Telekomanbieter verpflichten, Erziehungsberechtigte auf wirksame Möglichkeiten und Tools hinzuweisen, die Jugendliche vor pornografischen Inhalten schützen. Damit diese wichtige Massnahme ihre volle Wirkung entfaltet, sollen Erziehungsberechtigte vonseiten der Anbieter proaktiv und wiederholt auf diese Schutzmöglichkeiten hingewiesen werden müssen.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, der Kommissionsminderheit zu folgen und der Motion zuzustimmen.**

Montag, 25. September 22.4000 Motion Romano ✗

Grundsätzliches Recht der Kinder auf alternierende Obhut nach der Trennung oder Scheidung ihrer Eltern

Nach Schweizer Recht muss das zuständige Gericht oder die KESB bei gemeinsamer elterlicher Sorge der Eltern die Möglichkeit einer alternierenden Obhut prüfen, wenn ein Elternteil oder das Kind dies verlangt (Art. 298 Abs. 2ter und 298 b Abs. 3ter ZGB). Diese Entscheidung muss auf einer Abwägung aller Umstände beruhen, die ausschliesslich durch das Kindeswohl bestimmt wird, und darf nicht automatisch erfolgen. Jeder Einzelfall muss geprüft werden, wobei das Recht des Kindes, seine Meinung zu allen seine Person betreffenden Verfahren zu äussern und sich daran zu beteiligen, garantiert werden muss (Art. 12 KRK). Wie der Kinderrechtsausschuss feststellt, ist das Teilen der elterlichen Verantwortung zwar im Allgemeinen im Interesse des Kindes. Das einzige Kriterium, das berücksichtigt werden muss, ist aber das Kindeswohl.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, die Motion abzulehnen.**

Montag, 25. September 22.4113 Motion Bellaiche ✗

Chat-Kontrolle. Schutz vor anlassloser dauernder Massenüberwachung

Das aktuelle Ausmass der sexuellen Gewalt, der Kinder weltweit im Internet ausgesetzt sind, ist unerträglich und steigt weiter an. So meldet fedpol 2022 eine markante Zunahme an Meldungen cyberpädagogischer Inhalte (12 737 im Vergleich zu 7 176 im Vorjahr) und rechnet für das Jahr 2023 mit einem weiteren Anstieg. Dies entspricht dem weltweiten Trend für Cyberpädagogikriminalität, die vor keinen Landesgrenzen haltmacht. Der Handlungsbedarf ist dringend und unbestritten. Es ist begrüssenswert, dass sich die EU des Problems annimmt und einen Vorschlag für eine Verordnung zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern diskutiert. Dass dieser unter anderem die Anbieter einschlägiger Dienste (insbesondere von Hosting- und Kommunikationsdiensten) vermehrt in die Pflicht nehmen will, indem er von ihnen eine Risikobewertung und Risikominderung verlangt, ist zum Schutz der Kinder richtig und

wichtig. Der Bundesrat hat in seiner Stellungnahme festgestellt, dass dabei KEINE kontinuierliche, anlasslose staatliche Überwachung digitaler Kommunikation vorgesehen ist. Er beantragt deshalb zu Recht die Ablehnung der Motion. Kinderschutz Schweiz unterstützt diesen Antrag des Bundesrates, weil es, in der EU wie in der Schweiz, so unverzichtbar ist, Kinder endlich wirksam vor Cyberpädagogikriminalität zu schützen.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, die Motion abzulehnen.**

Donnerstag, 28. September 03.424 Parlamentarische Initiative Abate ✓

Sexuelle Handlungen mit Kindern. Erhöhung des Strafmasses gemäss Artikel 187 StGB

Vor beinahe 20 Jahren hat der Nationalrat dieser parlamentarischen Initiative zugestimmt. In der Folge wurde die Frist zur Ausarbeitung einer Vorlage im Sinne der parlamentarischen Initiative wiederholt verlängert, denn die Erhöhung des Strafmasses für sexuelle Handlungen mit Kindern hat nichts an Bedeutung eingebüsst. Mit dem geltenden (und soeben revidierten) Strafrecht können zwar auch andere Straftatbestände mit höherem Strafmass zur Anwendung kommen, dennoch setzt die Umsetzung dieser parlamentarischen Initiative ein wichtiges Signal: Eine sexuelle Handlung mit einem Kind kann ein sehr schweres Verbrechen darstellen, unter dessen Folgen das Opfer ein Leben lang zu leiden hat. Mit der Erhöhung des Strafmasses im Artikel 187 StGB auf bis zu zehn Jahre haben die Gerichte den nötigen Spielraum, auch in schweren Fällen, in denen aber kein anderer, mit höherem Strafmass bedrohter Tatbestand erfüllt ist, eine angemessen hohe Strafe auszusprechen.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, der Kommissionsminderheit zu folgen und die Parlamentarische Initiative Abate nicht abzuschreiben.**

Montag, 25. September 23.3673 Motion Müller ✓

Finanzierung von Dolmetsch-Kosten im Gesundheitswesen

Sowohl im Bundes- als auch im internationalen Recht ist das Recht auf Gesundheit als Grundrecht verankert, das jedem Menschen und insbesondere Kindern die für ihre Gesundheit notwendige Versorgung garantiert (Art. 24 KRK). Dazu braucht es zwingend ein umfassendes Verständnis der Diagnose und der Therapieempfehlungen. Es ist erwiesen, dass eine schlechte Kommunikation zwischen Patientin oder Patient und Ärzteschaft eine gute medizinische Versorgung behindert und gar negative Auswirkungen haben kann. Kinder oder ihre Eltern müssen jeder sie betreffenden Behandlung in Kenntnis der Sachlage zustimmen können und Zugang zu allen Informationen haben, die für das Verständnis ihrer Situation erforderlich sind (Art. 12 KRK). Der Zugang und die Kostenübernahme für Dolmetschdienste müssen daher auf Bundesebene sowohl für den stationären als auch den ambulanten Bereich gesichert und einheitlich geregelt werden.

→ **Kinderschutz Schweiz empfiehlt, die Motion anzunehmen.**